

# **Amtliche Bekanntmachung**



## **Amtsgericht Castrop-Rauxel**

### **Beschluss**

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Dienstag, 04.02.2025, 12:30 Uhr,**

**1. Etage, Sitzungssaal I., Bahnhofstr. 61-63, 44575 Castrop-Rauxel**

folgender Grundbesitz:

**Wohnungsgrundbuch von Castrop-Rauxel, Blatt 15338,**

**BV lfd. Nr. 1**

335/10.000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Castrop-Rauxel, Flur 19, Flurstück 260, Gebäude- und Freifläche, Bahnhofstraße 92, Größe: 1.227 m<sup>2</sup>

**Wohnungsgrundbuch von Castrop-Rauxel, Blatt 15338,**

**BV lfd. Nr. 1**

335/10.000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Castrop-Rauxel, Flur 19, Flurstück 259, Gebäude- und Freifläche, Bahnhofstraße 92

versteigert werden.

Laut Verkehrsgutachten handelt es sich um eine im 5. Obergeschoss hinten rechts gelegene und ca. 71 m<sup>2</sup> große Eigentumswohnung mit Balkon in einem 9-geschossigen Gebäude. Der Wohnung ist ein Kellerraum zugeordnet. Sie teilt sich in Wohnzimmer, Schlafzimmer, Kinderzimmer, Küche, Diele, Flur und Bad.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 07.07.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

90.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.